

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 30. Mai 1980

Blatt 1517

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wiener Gemeinderat

(rosa)

Präsident der DDR-Volkskammer im Rathaus

Friedhöfe-Arbeitsgespräch erbrachte viele brauchbare Vorschläge

Wurzer spricht im Radio

Lokal:

Firma Zahn: 200 Jahre Wiener Kunsthandwerk

(orange)

31. Mai "Tag des Sports" in Wien

Nur

über FS:

29.5. Bahnhof Hadersdorf: Feuerwehr barg Leiche

30.5. Wetterbericht aus dem Rathaus

30. mai 1980

'rathaus-korrespondenz'

blatt 1518

L o k a l :

=====

firma zahn: 200 jahre wiener kunsthandwerk

1 wien, 30.5. (rk) bei der 200-jahr-feier der firma zahn, deren kristall- und stilluster in alle welt exportiert werden, ueberbrachte landtagspraesident hubert p f o c h in vertretung von buergermeister leopold g r a t z die besten wuensche der wiener stadtverwaltung.

wie pfoch erklaerte, liegt die staerke der wiener wirtschaft in qualitaet und spezialisierung. die firma zahn ist das beste beispiel fuer einen wiener gewerbebetrieb, der sich durch solides handwerkliches koennen und durch kuenstlerischen geschmack in allen wechselfaellen der geschichte behaupten konnte. mit lustern der firma zahn sind eine grosse anzahl sakraler bauten wie der stephansdom, aber auch viele profane bauten wie die villa hammerschmidt in bonn ausgestattet. (sei)

0853

30. mai 1980

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1519

l o k a l :

=====

31. mai ''tag des sports'' in wien - radfahren ueber die ringstrasse
erste etappe der oesterreich-rundfahrt

2 wien, 30.5. (rk) in grossem rahmen
begeht die bundeshauptstadt wien morgen
samstag den ''tag des sports'': er beginnt
um 15 uhr mit einem volksradeln ueber die
ringstrasse mit start und ziel vor dem
rathaus. um 16 uhr ist start zur ersten
etappe der 32. oesterreich-rundfahrt.

als ehrengaeste hat sportstadtrat peter s c h i e d e r
die oesterreich-rundfahrt-sieger der vergangenen jahre eingeladen
und sieben haben ihr kommen zugesagt: franz d e u t s c h ,
adolf c h r i s t i a n , richard d u r l a c h e r , stefan
m a s c h a , walter m u e l l e r , roman h u m e n -
b e r g e r und wolfgang s t e i n m a y e r . sie werden
auch am radfahren auf der ringstrasse teilnehmen. sammelplatz
fuer die fitradler ist vor dem rathaus ab 14 uhr. fuer alle teil-
nehmer gibt es erinnerungsplaketten, fuer den juengsten und den
aeltesten und fuer jene schule, die die groesste schuelerzahl als
teilnehmer aufweist einen pokal. durch das sportliche programm
fuehrt der bekannte rundfunksprecher kurt v o t a v a . fuer
die musikalische untermalung sorgt die kapelle der wiener e-werke.
der rundkurs rathaus - schottengasse - herrengasse - michaelerplatz
- burgtor - burgring - reichsratsstrasse - ist 2,1 km lang und wird
drei mal abgefahren. die oesterreich-radrundfahrt geht dann ueber
30 runden und einer distanz von 81 kilometern. die innenstadt ist
von 13.30 uhr bis 18 uhr fuer den gesamten verkehr gesperrt. (hof)
0925

k o m m u n a l :

=====

praesident der ddr-volkskammer im rathaus

3 wien, 30.5. (rk) im zuge eines oesterreichbesuches wurde der praesident der volkskammer der deutschen demokratischen republik horst s i n d e r m a n n , donnerstag vom praesidenten des wiener landtages hubert p f o c h im wiener rathaus empfangen. sindermann und eine delegation statteten unter anderem der ausstellung ''der oesterreichische freiheitskampf'' im dokumentationsarchiv des oesterreichischen widerstandes sowie der spanischen reitschule einen besuch ab. (ka)

0927

k o m m u n a l :

=====

friedhoefe-arbeitsgespraech erbrachte viele brauchbare vorschlaege

4 wien, 30.5. (rk) bei einem arbeitsgespraech ueber die erhaltung der sperrfriedhoefe und ueber fragen der gestaltung der wiener friedhoefe, zu dem der unterausschuss "friedhoefe" eingeladen hatte, konnte dessen vorsitzender, gr. franz p e s k a , vertreter der religionsgemeinschaften sowie eine reihe beruflicher interessensvertreter begruessen.

stadtrat josef v e l e t a skizzierte einleitend die bekanntlich bis 1950 zurueckreichende "geschichte" der sperrfriedhoefe und betonte, dass die entscheidung der volksbefragung hinsichtlich der erhaltung der 16 wiener sperrfriedhoefe selbstverstaendlich respektiert werden wird.

der leiter der magistratsabteilung 43 (staedtische friedhoefe), senatsrat dipl.ing. augustin l a n g , berichtete ueber eine vom 19. bis 21. mai durchgefuehrten graebererhebung auf den sperrfriedhoefen. der direktor der staedtischen bestattung, obersenatsrat dr. hans j e r u s a l e m , verwies auf die tatsache, dass in wien zwar die erste feuerbestattung erfolgt sei, diese moeglichkeit aber heute nur zu 16 bis 17 prozent genuetzt werde. demgegenueber betrage der anteil der feuerbestattung, die bekanntlich von den religionsgemeinschaften voll akzeptiert wird, in linz und in graz bis zu 50 prozent.

hinsichtlich der friedhofsgestaltung kam die einhellige meinung zum ausdruck, dass der "versteinerung" der friedhoefe entgegen gewirkt werden soll. die vertreter der steinmetze berichteten von den bemuehungen ihrer betriebe, beim verkauf von steinernen grabdeckeln auch blumenschalen anzubieten. durch die verlegung von teildeckeln, die etwa 50 zentimeter freiraum fuer eine bepflanzung gestatten, sei eine weitere moeglichkeit fuer pflanzlichen grab-schmuck geboten.

die vertreter der friedhofsgaertner konnten auf erste erfolge mit neuem pflanzmaterial - bodendecker, weniger giessintensive gruenpflanzen und koniferen - verweisen. neu ist die einfuehrung von langfristigen grabpflegevertraegen durch eine genossenschaft, die hohen ausfuehrungsstandard und erstklassiges material garantiert. diese genossenschaft wurde von 27 betrieben gegrundet, zehn weitere betriebe sind bereits dazugekommen. die vertraege koennen ueber lange zeitraeume - 5 jahre, sogar bis zu 10 jahre - abgeschlossen und im voraus bezahlt werden.

der unterausschuss 'friedhoefe' des gemeinderatsausschusses vermoegensverwaltung, staedtische dienstleistungen, konsumentenschutz wird sich mit den im rahmen des arbeitgespraechs geaeusserten vorschlaege beschaeftigen und auch in zukunft die verbindung zu den interessensvertretern aufrechterhalten. (we)

0935

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1):

fragestunde

5 wien, 30.5. (rk) der wiener gemeinderat trat freitag unter dem vorsitz von gr. m a y r h o f e r (spoe) zu einer sitzung zusammen. die sitzung begann mit einer fragestunde.

auf die e r s t e a n f r a g e von gr. dkfm. b a u e r (fpoe), welche beschleunigungsmassnahmen fuer den oeffentlichen verkehr 1980 geplant seien, antwortete stadtrat n i t t e l (spoe), dass als erste massnahme ein projektleiter bestellt wurde. fuer heuer ist der abschluss des beschleunigungsprogrammes fuer die linien '52' und '58' in der inneren mariahilfer strasse geplant. eine weitere verbesserung fuer die linie '52' bringt der zweigleisige ausbau der linzer strasse. ausserdem sind massnahmen fuer die linien '5', '132' und '71' geplant. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wann mit dem abschluss des gesamten programms zu rechnen sei, antwortetet nittel, dass es sich dabei um ein fortschreitendes verbesserungsprogramm handelt, wobei nach einer dringlichkeitsreihung vorgegangen wird. es ist aber grundsatzlich nicht moeglich, zu sagen, wann ein derartiges, grundlegendes konzept sozusagen endgueltig verwirklicht ist. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , worin die vorgesehenen massnahmen konkret bestehen, antwortete nittel: in einer besseren organisation des verkehrs, wobei verschiedene techniken zur verfuegung stehen (bodenmarkierungen, schwellen, steuerung der verkehrssampeln u.a.).

die z w e i t e a n f r a g e von gr. eveline a n d r l i k (spoe) ueber den terminplan fuer die inbetriebnahme der u 1 bis praterstern war ebenfalls an stadtrat n i t t e l gerichtet. er wies darauf hin, dass urspruenglich die u-bahn erst im mai 1981 bis zum praterstern fahren sollte. durch den zuegigen baufortschritt war es jedoch moeglich, den termin auf ende februar

./.

1981 vorzuverlegen. auf eine z u s a t z f r a g e ueber die veraenderungen an der oberflaeche antwortete nittel, dass in zukunft in der praterstrasse keine strassenbahn mehr fahren wird. ueber ring und kai werden die strassenbahnlinien 'a' und 'h' verkehren. unmittelbar nach inbetriebnahme der u 1 bis praterstern wird die neugestaltung der praterstrasse in angriff genommen. sie wird eine allee sowie fuss- und radwege erhalten. die ausgestaltung soll ende 1982 abgeschlossen sein. (ger) (forts.)

1015

wiener gemeinderat (2):

fragestunde (forts.)

6 wien, 30.5. (rk)

auf die d r i t t e a n f r a g e von gr. s e v c i k (spoe), wie sich die glassammelaktion bewaehrt hat, antwortete stadtrat n i t t e l (spoe), dass in den letzten zweieinhalb jahren 9,4 millionen kilogramm altglas gesammelt wurden. der wiener bevoelkerung gebuehrt dafuer ein besonderes lob. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e, ob mit der aktion nicht eine laermbelaestigung verbunden ist, antwortete nittel, dass einige sammelplaetze nicht guenstig ausgewaehlt waren. die derzeitigen standorte wurden in enger zusammenarbeit mit den bezirksvertretungen festgelegt. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e, ob weitere aktivitaeten geplant sind, antwortete stadtrat nittel, dass im 21. und 22. bezirk ein grossversuch vor allem fuer die altpapierverwertung laeuft. die ergebnisse sind gut, obwohl die einsammeltechnik (offene gitterboxen) nicht optimal ist. in zukunft wird durch die zusammenarbeit mit der firma rinter eines der groessten recycling-projekte europas verwirklicht.

auf die v i e r t e a n f r a g e von gr. dr. k r a s s e r (oevp), ob er bereit ist, das rechtsabbiegeverbot fuer schwerfuhrwerke am burgring im bereich des aeusseren burgtores aufzuheben, antwortete stadtrat n i t t e l (spoe), dass er dazu nicht bereit ist. die busstellplaetze am heldenplatz bleiben auf wunsch der handelskammer und der fremdenverkehrswirtschaft bis zum bau der heldenplatzgarage bestehen und diese stellplaetze

konnten auch bisher nur vom michaelerplatz aus erreicht werden. es tritt also keine mehrbelastung beim innenring auf. auf der nebenfahrbahn des ringes wurden 18 neue zusaetzliche abstellplaetze fuer busse geschaffen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e, ob verkehrsexperten diese frage nicht doch noch einmal pruefen koennten, antwortete n i t t e l, dass sich die wiener handelskammer gegen eine aufhebung der abstellplaetze am heldenplatz gewehrt hat und dass man in diesem fall doch die argumente der fremdenverkehrswirtschaft beachten sollte. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e, ob nicht eine schleifenloesung beim prinz eugen-denkmal moeglich waere, antwortete stadtrat nittel, dass verkehrsexperten dies geprueft und abgelehnt haben. (sei)

auf die f u e n f t e a n f r a g e von stadtrat dr. g o l l e r (oevp), ob von der akpe eine oeffentliche ausschreibung fuer den restauftrag von rund 250 millionen erfolgen wird, antwortete finanzstadtrat m a y r (spoe), dass die abo bisher groessten wert darauf gelegt hat, zweckmaessige betriebsorganisationsplanungen zu erhalten und dass dies auch in zukunft geschehen wird. auf die e r s t e z u s a t z - f r a g e nach dem verbleiben von sektionschef waiz sagte mayr, dass waiz auch weiterhin ein gutes mitglied der akpe, das seine aufgaben mit fleiss bewaeltigt, bleiben wird. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e, ob die posten aller drei vorstandsdirektoren oeffentlich ausgeschrieben werden, sagte mayr, dass eine entscheidung darueber erst nach auslaufen der vertraege zur diskussion stehe.

auf die s e c h s t e a n f r a g e von gr. dkfm. dr. w o e b e r (oevp), welche folgen die erhoehung der zinsen fuer die stadt wien haben, antwortete stadtrat m a y r (spoe), dass die veraenderung der zinsendienste fuer die stadt wien an sich nur geringfuegige veraenderungen mit sich braechte. er sei jedoch derzeit noch nicht in der lage, genaue auskuenfte darueber zu geben. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e, wie sich der steigende finanzmittelbedarf einerseits und die steigenden zinsen ande-

rerseits auf die investitionen auswirken, antwortete mayr, dass man sicherlich nicht bei den notwendigen und wichtigen investitionen einbussen machen wird, sondern diese auch in zukunft in vollem ausmass durchfuehren wird. auf die z w e i t e z u s a t z - f r a g e nach dem zeitpunkt der wiener stadtanleihe sagte mayr, dass dieser zeitpunkt zu beginn des jahres vereinbart wird und dass diese anleihe nicht nur dann gegeben wird, wenn die zinsen-konditionen fuer die stadt, sondern auch fuer den anleihezeichner guenstig sind.

auf die s i e b e n t e a n f r a g e von gr. h e n - g e l m u e l l e r (spoe) nach der beurteilung des wettbewerbes nordbahnhof antwortete stadtrat univ.-prof. dr. w u r z e r (spoe), dass die ergebnisse den erwartungen der stadt wien und der jury voll entsprochen haben. 35 projekte mit zahlreichen gestaltungsideen sind eingelangt. auch auf die stadtsilhouette, vor allem auf die uno-city, wurde bedacht genommen. auf die z u s a t z f r a g e , wie weit die bezirksvertretung in die weiteren planungen eingeschaltet wird, teilte wurzer mit, dass mit dem bezirk, der auch im preisgericht vertreten war, engster kontakt besteht. (ba)

auf die a c h t e a n f r a g e von gr. e m e r l i n g (spoe), welche massnahmen durch die baubehoerde getroffen worden seien, um kuenftig die sicherheit in beherbergungsbetrieben zu erhoehen, antwortete der stadtrat fuer stadtplanung, univ.-prof. dr. w u r z e r (spoe), ein arbeitskreis unter der leitung vom senatsrat dr. schaffer habe wirksame massnahmen fuer groessere sicherheit ausgearbeitet. dieses massnahmenpaket enthaelt massnahmen fuer baubehoerdliche und gewerbebehoerdliche verfahren. die ueber-einstimmung mit der handelskammer ist weitgehend gegeben. viele der massnahmen koennen in eigeninitiative von den betrieben durchgefuehrt werden, die baubehoerde soll dann beratende funktion haben. die massnahmen sollen bei jedem neuen betrieb mit mehr als 30 betten, aber auch bei bestehenden anlagen angewendet werden. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wie die ueberpruefung der notwendigen sicherheitsmassnahmen durchgefuehrt werden soll, sagte wurzer, die massnahmen des pakets wuerden als richtlinien festgelegt

und anhand dieser richtlinien koennen die beherbergungsbetriebe dann ueberprueft werden.

auf die n e u n t e a n f r a g e von gr. a r t h o l d (oevp), wie viele kleingarten- beziehungsweise siedlervereine um umwidmung ihrer anlage auf gartensiedlungsgebiet angesucht haben, sagte stadtrat univ.-prof. dr. w u r z e r, dass 36 ansuchen bei der ma 21 eingegangen sind. auf die e r s t e z u s a t z - f r a g e, wieso derartige ansuchen so schleppend behandelt werden, sagte wurzer, es sei eine genaue pruefung notwendig, eine reihe von umwidmungen sei im gange. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e, die sich auf die nicht genehmigten umwidmungsansuchen von drei kleingartenvereinen bezog, antwortete wurzer, diese faelle seien ihm nicht so genau bekannt, er werde sie im naechsten ausschuss ausfuehrlich behandeln. (gab) (forts.)
1056

wiener gemeinderat (3):

fragestunde (schluss)

8 wien, 30.5. (rk)

auf die z e h n t e a n f r a g e von gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe), welche schritte zum ankauf des areals des ehemaligen blindeninstituts in der josefstadt durch die stadt wien unternommen wurden, um dort eine oeffentlich zugaengliche gruenflaeche und ein pensionistenheim zu errichten, antwortete stadtrat v e l e t a (spoe), dass die stadt wien mit dem liegenschaftseigentuemer ueber einen ankauf verhandelt hat. es sei der wunsch des bezirks angenommen worden, hier ein pensionistenheim zu errichten, weil in diesem bereich der anteil an pensionisten besonders hoch ist und ausserdem der bevoelkerung eine gruenanlage gesichert werden sollte. trotz beruecksichtigung des grossen oeffentlichen interesses konnten die hohen forderungen der blindenwohlfahrt nicht erfuellt werden, sodass diese an die bundesversicherungsanstalt verkaufte. die ma 69 fuehrt sonderungs-

./.

gespraeche, ob die bva bereit ist, das grundstueck abzugeben oder eventuell zu tauschen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e, ob veleta bereit sei, in der frage der umsiedlung gespraechе mit den beteiligten zu fuehren und die vorschlaege aus der sicht einer sinnvollen stadtentwicklung (das areal im 8. bezirk sei verkehrsmassig unzureichend erschlossen, als ausweichmoeglichkeit biete sich das nordbahnhofgelaende an) zu unterbreiten, antwortete der stadtrat, dass die ma 69 gespraechе fuer eine veraenderung des standorts fuehren werde. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e, ob eine volksbefragung stattfinden werde, in der die bevoelkerung ueber gruenflaeche oder buerohochhaus entscheiden koennte, antwortete der stadtrat, er wolle vorerst die sondierungsgespraechе abwarten und dann klaeren, ob die angelegenheit einer volksbefragung unterzogen werden soll.

auf die e l f t e a n f r a g e von gr. h o l u b (spoe), welche erfahrungen aus der taetigkeit des kleingartenbeirats gewonnen werden konnten, antwortete stadtrat v e l e t a (spoe), dass durch den kleingartenbeirat eine sehr wertvolle einrichtung geschaffen wurde, die sich bereits bewaehrt hat. er dient dem ausgleich aller interessen, wie den kleingaertnern und ihrer interessensvertretungen sowie der stadtverwaltung bei der bewaeltigung der oeffentlichen aufgaben. im vergangenen jahr haben fuenf sitzungen stattgefunden, in denen 13 antraege auf aenderung des flaechenwidmungs- und bebauungsplanes fuer kleingartengebiete behandelt wurden. es erfolgte weiter eine mitwirkung bei der absiedlung von kleingaerten und bei der aufschliessung von sieben neuen anlagen mit 748 kleingaerten im gesamtausmass von 190.000 quadratmeter. der beirat ist ein echter beitrag zur demokratisierung der verwaltung. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e, welche ergebnisse die kleingartenbezirkskommissionen erbracht haben, antwortete veleta, dass seit dem diesbeueglichen beschluss des gemeinderats im jaenner 1979 gute erfahrungen gesammelt werden konnten, weil die bezirkskommissionen mit den oertlichen verhaelt-nissen im bezirk vertraut sind und die koordination am besten durchfuehren koennen. sie dienen aber auch der information und als beratungsstelle und arbeiten fuer die sanierung alter, nicht

entsprechend gewidmeter kleingartenanlagen. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e, wie viele flaechen fuer kleingaerten zur verfuegung stehen, antwortete der stadtrat, dass sich 6,6 millionen quadratmeter kleingaerten auf staedtischem grund befinden. dazu kommt eine viertel million quadratmeter ernteland. der zugang an kleingartenflaechen in den letzten zehn jahren betrug 800.000 quadratmeter. die sanierung bestehender anlagen ist ein wesentlicher beitrag zur rechtsicherheit. die kleingartenwidmungen haben um 21,6 prozent zugenommen. (and)

anfragen und antraege

dem gemeinderat lagen zwei dringliche anfragen vor: die oevp richtete eine dringliche anfrage an den stadtrat fuer finanzen und wirtschaftspolitik ueber die subvention zur errichtung des general motors-werkes, die fpoe richtete ebenfalls eine dringliche anfrage an den stadtrat fuer finanzen und wirtschaftspolitik, die die konsequenzen aus dem kontrollamtsbericht ueber den neubau des allgemeinen krankenhauses betrifft.

weilers lagen dem gemeinderat zwei schriftliche anfragen der fpoe sowie antraege der oevp betreffend die erhoehung der oeffentlichen wohnbaufoerderung, schreibkraefte fuer die wiener berufsschulen, die verwendung der ersatzreichsbruecke fuer den donaukanal und betreffend die nutzung des palais strozzi vor. (ger)
(forts.)

1138

wiener gemeinderat (4):

psychiatriereform

9 wien, 30.5. (rk)

anschliessend meldete sich stadtrat univ.- prof. dr. s t a c h e r (spoe) zu einer mitteilung ueber den stand der psychiatriereform in wien zu wort. vor etwas mehr als einem jahr, am 2. april 1979, wurde der zielplan fuer die psychiatrische und psychosoziale versorgung in wien vom gemeinderat einstimmig genehmigt. der wesentlichste grundsatz der psychiatriereform ist

eine neuorganisation des krankenhauses baumgartner hoehe, das in acht gleichwertige primariate unterteilt werden soll und dem acht regionen wiens mit dementsprechenden aussenstellen zugeordnet werden sollen. das hauptgewicht liegt darauf, dass die patienten, die nicht unbedingt im krankenhaus sein muessen, sobald wie moeglich entlassen werden, andererseits darauf, dass patienten die nicht unbedingt in die psychiatrie kommen muessen, erst gar nicht aufgenommen werden. diese reform kann nur schrittweise erfolgen. zuerst mussten die planstellen vermehrt werden, wobei seit 1979 vor allem die zahl der aerzte und des pflegepersonals vermehrt wurde. auch budgetmaessig ist die summe der ausgaben angehoben worden, wobei vor allem der weitere umbau des pavillons 17, der das behindertenzentrum aufnehmen soll, so rasch wie moeglich fortgefuehrt wird.

anfang 1980 konnte bereits ein primariat fuer den 20. und 21. bezirk regionalisiert werden, die regionalisierung von zwei weiteren primariaten ist in vorbereitung.

am 24. september 1979 wurde vom wiener gemeinderat das kuratorium fuer psychosoziale dienste geschaffen. anfang jaenner 1980 begann dieses kuratorium mit seiner taetigkeit. bereits ende april des heurigen jahres wurde im 21. bezirk die erste psychosoziale station in betrieb genommen. sie ist dem ersten regionalisierten primariat zugeordnet und versorgt nun die patienten des 20. und 21. bezirks. sie hat insoferne modellcharakter, als die dort gewonnenen erfahrungen bei der errichtung der naechsten stationen verwendet werden koennen. gleichzeitig wurde in dieser region ein weiteres uebergangsheim in betrieb genommen. damit gibt es in wien derzeit vier psychiatrische uebergangsheime fuer jeweils 16 bis 20 patienten. noch heuer wird vom kuratorium in einer zweiten region ein regionalisierter extramuraler betrieb aufgenommen und ein weiteres uebergangsheim errichtet.

die ersten erfolge der im vorjahr begonnenen psychiatriereform zeigen sich bereits: die zahl der patienten auf der baumgartner hoehe konnte bei gleichzeitiger erhoehung der betreuerzahlen wesentlich reduziert werden. mit stichtag 14. maerz 1980 lag die zahl der belegten betten erstmals unter 2.000. auch im psychiatrischen krankenhaus ybbs an der donau konnten die patienten-

zahlen verringert werden. dies ist nicht nur auf die moeglichkeit der nichtstationaeren nachbetreuung durch die modellstation in floridsdorf und die uebergangsheime zurueckzufuehren, sondern auch darauf, dass 1979 nur mehr 18,9 prozent der aufnahmen des psychiatrischen krankenhauses baumgartner hoehe aus anderen krankenanstalten kamen. 1978 waren es noch 24 prozent. es ist nun ueblich geworden, voruebergehend verwirrte patienten auf den internen abteilungen weiterzubehandeln. ein wesentliches projekt ist die 'uebergangspflege', wobei psychiatrische patienten im hohen lebensalter nach hause entlassen und von schwestern und pflegern weiter betreut werden.

den besten beweis fuer die bereits erfolgte verbesserung stellt die deutliche zunahme der freiwilligen aufnahmen dar, die von 17,4 prozent im jahr 1978 auf 25,8 prozent im jahr 1979 gestiegen ist. die verweildauer ging von 119 tagen im jahr 1978 auf 108 tage im jahr 1979 zurueck. da mehr als 50 prozent der patienten teilweise schon seit jahrzehnten in der anstalt sind, ist die minderung der verweildauer fuer neue patienten in wirklichkeit noch groesser.

zu den fuer eine optimale psychiatrische versorgung noch notwendigen massnahmen gehoeren auch veraenderungen im psychiatrischen krankenhaushaus selbst, zum beispiel freundlichere krankenzimmer und kommunikationszentren. 1979 und 1980 wurde bereits je ein kommunikationszentrum in selbstverwaltung der patienten geschaffen.

eine der wichtigsten voraussetzungen fuer das gelingen der reform ist die oeffentlichkeitsarbeit. in diesem zusammenhang gibt es mehrere wichtige initiativen, so die arbeitgemeinschaft 'psychiatriereform' und die aktion 'psychiatrie 80'. auch im raum- und funktionsprogramm des sozialmedizinischen zentrums ost ist eine komplette psychiatrische abteilung fuer den gesamten bereich der region vorgesehen.

ein wichtiger teilaspekt der psychiatriereform ist das problem der drogenabhaengigkeit. schon 1978 war ein arbeitskreis fuehrender drogenfachleute und jugendfachleute eingesetzt worden, in dem entsprechende vorschlaege erarbeitet wurden. folgende massnahmen wurden gesetzt:

1. einrichtung einer zentralstelle fuer suchtkrankenhilfe. zu ihren aufgaben gehoert die informationstaetigkeit sowie die erfassung und vermittlung aller behandlungs- und betreuungsplaetze in wien.

2. abhaltung von schulungen fuer schulaerzte.

3. zur koordination der betreuenden stellen wurde ein beirat fuer fragen des drogenmissbrauches und der drogenabhaengigkeit eingesetzt.

4. im psychiatrischen krankenhaus baumgartner hoehe konnten "kleine gruppen" zur betreuung von suchtkranken eingerichtet werden.

5. ab 1. juni 1980 wird es im psychiatrischen krankenhaus baumgartner hoehe einen verbindungsdienszt zur zentralstelle fuer suchtkrankenhilfe geben, der jeden patienten, der wegen drogenproblemen aufgenommen wurde, kontaktieren wird.

6. wien hat als einziges bundesland an der psychiatrischen universitaetsklinik eine spezielle entziehungsstation, die zum koerperlichen entzug in besonders schweren faellen vorgesehen ist. normalerweise kann eine koerperliche entzugsbehandlung in jedem psychiatrischen krankenhaus aber auch auf internen abteilungen durchgefuehrt werden.

7. seit monaten werden verhandlungen mit dem anton proksch-institut gefuehrt, die einerseits eine intensivierung der zusammenarbeit zwischen der stadt wien und dieser institution gebracht, andererseits aber auch eine baldige ausweitung der kapazitaet von kalksburg zum ziele haben.

8. in wien gibt es weiter eine spezielle drogenambulanz an der psychiatrischen universitaetsklinik, drogenberatungsstellen im 1. und 17. bezirk sowie eine nachbetreuungs-wohngemeinschaft in hadersdorf. ausserdem stehen auch die sechs beratungsstellen des psychohygienischen dienstes des gesundheitsamtes und die psychosoziale station floridsdorf zur beratung bei suchtproblemen zur verfuegung.

9. von den ambulanten einrichtungen ist besonders der einsatz der "streetworker" zu erwae hnen, die jugendliche mit drogenproblemen in deren eigenen lebensbereich ansprechen.

10. im schulischen bereich ist die taetigkeit des schulpsycho-
logischen dienstes zu erwahnen.

11. von groesster bedeutung ist eine breitgestreute sachliche
information. deshalb wurde eine informationskampagne gestartet, die
im juni auf breiter basis eine aufklaerung aller interessierten durch
fachleute und ehemals suechtige geben soll. stacher verwies in diesem
zusammenhang auf den unterschied zwischen drogenmissbrauch und
dorgenabhaengigkeit, die haeufig verwischt wird, aber sehr wichtig
ist, weil sich die hilfsmassnahmen voneinander unterscheiden muessen.

stacher verwies auf das suchtgiftgesetz, das eindeutig klar-
stellt, dass sich jeder einer strafbaren handlung schuldig macht,
der einem anderen suchtgift ueberlaesst, unberechtigt herstellt,
verarbeitet, erwirbt oder besitzt. es gibt eine zuruecklegung
des verfahrens, wenn das suchtgift die fuer den eigenen verbrauch
von einer woche bestimmte menge nicht uebersteigt und der angezeigte
keiner aertzlichen behandlung bedarf oder sich einer solchen unter-
zieht. gegen jeden, der das zweitemal mit rauschgift angetroffen
wird, wird das strafverfahren durchgefuehrt. stacher vertrat die
meinung, dass gegen alle dealer mit aller schaerfe vorgegangen
werden muss, doch sollte man nicht entgegen allem medizinischen
wissen auch denjenigen von vornherein kriminalisieren, der nach-
weisbar nur einmal versucht hat, ein suchtgift einzunehmen.

der a n t r a g auf besprechung dieser mitteilung von
stadtrat stacher vor schluss der oeffentlichen sitzung wurde
e i n s t i m m i g angenommen. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (5):

stadterneuerung

11 wien, 30.5. (rk)

stadtrat univ.-prof. dipl.-ing. dr. w u r z e r (spoe) beantragte als berichterstatter einen teil des 17. bezirkes zwischen elterleinplatz-hormayrgasse, roetzer-gasse und kalvarienberggasse zum stadterneuerungsgebiet zu erklaren. wie wurzer ausfuehrte, werden derzeit acht stadterneuerungsgebiete modellhaft bearbeitet. davon sind 32.000 einwohner betroffen. die probleme der stadterneuerung liegen in der sehr dichten und sehr hohen verbauung der gebiete, den mangelnden oeffentlichen gruenflaechen und der veralteten bausubstanz. typisch fuer diese gebiete ist, dass die bevoelkerung dort schon sehr lange wohnt. bei einer befragung im 3. bezirk kam heraus, dass 60 prozent der befragten laenger als 20 jahre in dem entsprechenden gebiet wohnte. 68 prozent gaben an, dass sie aus dem gebiet nicht ausziehen wollten. (sei)

eine zwischenbilanz ueber massnahmen der stadterneuerung im bereich des wohnbaus und der instandhaltung zog stadtrat h a t z l (spoe). seit herbst 1978 wurde die instandsetzung von 75 wohnhausanlagen der stadt wien mit 900 stiegen in angriff genommen, beziehungsweise zum grossteil bereits fertig gestellt. zur verbesserung der wohnqualitaet werden mehr als 350 nachtraegliche aufzugseinbauten bis ende des jahres durchgefuehrt oder begonnen. seit jaenner 1979 wurden 1.400 neue wohnungen errichtet, weitere 40 wohnhausanlagen der stadt wien mit rund 2.000 wohnungen werden heuer noch begonnen. zwei drittel aller anlagen liegen entweder innerhalb des quertels oder in den westlichen bezirken und sind eindeutig der stadterneuerung zuzurechnen. bereits beim bodenankauf gibt es vorrang fuer die stadterneuerung. 60 prozent der flaechenreserven liegen in dichtverbautem gebiet, waehrend vor zehn jahren nur etwa ein drittel der angekauften flaechen in stadterneuerungsgebieten

Lagen, auch im vergleich zur ankaufspolitik von gemeinnuetzigen genossenschaften in den stadterneuerungsquartieren schneidet die stadt wien besser ab.

da stadterneuerung jedoch nicht nur massnahmen des wohnungsbaus und der instandsetzung beinhaltet, sondern auswirkungen auf zahlreiche lebensbereiche hat, wurde kuerzlich der stadterneuerungsbeirat konstituiert. politiker, mitglieder von interessensvertretungen und fachleute beraten in einem gemeinsamen gremium ueber aufgaben, ziele und durchfuehrungsmoeglichkeiten der stadterneuerung. in vier arbeitsgruppen des beirates wird ein massnahmenkatalog erstellt.

stadterneuerung ist ein programm der kleinen schritte, bei dem jedoch auch grosse projekte durchgezogen werden. die aufgaben koennen nicht zur gaenze von der stadt wien allein uebernommen werden, sondern beduerfen auch der engagierten mitarbeit von privaten. stadterneuerung ist weder ein spezielles wiener problem, noch auf oesterreich beschraenkt. stadterneuerung ist ein problem aller grossen staedte, mit dem sich auch der europarat beschaeftigt. demnaechst wird ein oesterreichisches komitee an den beratungen im europarat teilnehmen. stadtrat hatzl wies auch auf die bedeutung der mitarbeit und mitgestaltung durch die bevoelkerung hin, ohne die stadterneuerung undurchfuehrbar und undenkbar waere. (ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (6):

stadterneuerung (forts.)

12 wien, 30.5. (rk) gr. dr. m a y r (oevp) sagte, es herrsche einigkeit ueber die notwendigkeit der stadterneuerung. die gruendung des stadterneuerungsbeirates ist ein wesentlicher schritt zur allmaehlichen sanierung der stadterneuerungsgebiete, deren probleme die dichte verbauung, das defizit an stellplaetzen, die hohe verkehrsdichte und das mangelnde gruen sind.

mayr nannte drei systeme, die bei der stadterneuerung bis jetzt angewendet wurden: die moeglichkeit der stadterneuerung durch den magistrat selbst wie in ottakring und die moeglichkeiten der stadterneuerung durch architekntenteams und die stadterneuerungsgesellschaften. dabei zeigt sich, dass die vorstellungen des architekntenteams meistens zu hoch gesteckt sind, die der stadterneuerungsgesellschaften hingegen eher der realitaet entsprechen.

als wesentliche massnahme fuer die stadterneuerung nannte mayr die begleitende soziale betreuung, die widmungsgemaesse verwendung der gesamten mittel aus dem altstadterhaltungsfonds, die durchfuehrung einer innerstaedtischen wig zur begruenung der assanierungsgebiete und massnahmen zur sicherung der betriebs- und arbeitsstaetten in den betroffenen gebieten.

zur ausweisung des gebietes um den elterleinplatz in hernald als assanierungsgebiet sagte mayr, dieses gebiet entspreche nicht der vorstellung eines assanierungsgebietes als groessere zusammenhaengende flaeche. die assanierungsverordnung diene in diesem fall vor allem der korrektur einer verfehlten grundstueckspolitik, also der moeglichkeit der enteignung zugunsten eines wohnbauprojektes der stadt wien, das diese geplant hat, ohne sich die noetigen grundstuecke zu sichern.

mayr betonte, dass fuer die assanierungsgebiete, aber auch fuer die stadterneuerung in anderen gebieten grosse summen noetig sein werden, die auch durch privatinitiative aufgebracht werden muessen. die privatinitiative werde sich aber nicht zuletzt danach richten, wie das neue mietrecht aussehen wird. (gab) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (7):

stadterneuerung

13 wien, 30.5. (rk) in seinem sch l u s s w o r t wies planungsstadtrat w u r z e r darauf hin, dass die stadterneuerung ein sehr wichtiger teil der stadtentwicklung ist. er dankte seinem vorredner fuer die grundsaeztliche zustimmung zur stadterneuerung. wurzer bedauerte, dass es derzeit keine bessere gesetzliche regelung gibt, grundstuecke durch die oeffentliche hand zu einem angemessenen preis zu kaufen.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen

subvention fuer kunstverein

einen foerderungszuschuss fuer den kunstverein zum betrieb der artothek im jahre 1980 in der hoehe von 1,22 millionen s beantragte gr. dkfm. dr. a i g n e r (spoe). mag. k a u e r (oevp) verlangte in einem a b a e n d e r u n g s a n t r a g die bedeckung unter voranschlagspost 1/38 19/757. er stellte fest, dass die oevp den verleih von bildern aus dem besitz der stadt wien fuer gut und wertvoll haelt. die richtlinien fuer die vergabe der bilder muessten jedoch modifiziert werden, so dass sie zum beispiel auch ein gewerbetreibender erhalten kann. die gebarung mache der oevp hinsichtlich der wirtschaftlichkeit sorgen.

in seinem schlusswort unterstrich gr. dkfm. dr. a i g n e r den durchschlagenden erfolg der aktion. innerhalb kurzer zeit wurde die anzahl der im umlauf befindlichen bilder gesteigert, und in den naechsten wochen und monaten sollen noch mehr bilder einbezogen werden. es sollen auch aussenstellen des kunstvereins eingerichtet werden, damit die bevoelkerung nicht in die innenstadt fahren muss, und es soll auch geschaeftsleuten ermoeglicht werden, bilder in ihren geschaeften aufzuhaengen. fuer heuer sind 8.000 bis 10.000 entlehnungen anzunehmen, so dass nach wegfall der initialkosten ungefaehr 100 schilling pro bild aufgebracht werden

muessen. nach dem speziell fuer wiener verhaeltnisse entworfenen arthotek-modell soll auch in zuerich eine arthotek aufgebaut werden, und auch fuer berlin gibt es bereits ueberlegungen. die verwendung des kulturschillings fuer die arthotek ist ein musterbeispiel fuer den richtigen einsatz dieser mittel, schloss aigner.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag der oevp blieb in der minderheit, der antrag des berichterstatters wurde mit mehrheit angenommen. (and)

subventionen

gr. s t r a n g l (spoe) beantragte die gewaehrung von kostenzuschuessen an verschiedene vereinigungen in der gesamthoeh von 2,45 millionen schilling.

gr. s c h n e i d e r (oevp) wandte sich gegen die bedeckung aus dem kulturschilling und brachte einen entsprechenden a b a e n d e r u n g s a n t r a g ein, der mit den stimmen der spoe a b g e l e h n t wurde. der antrag des berichterstatters wurde mit den stimmen der spoe a n g e n o m m e n .

zu einem ebenfalls von gr. s t r a n g l (spoe) referierten antrag, dem 'austrian crafts council' fuer die durchfuehrung einer ausstellung einen zuschuss in der hoehe von 560.000 schilling zu gewaehren, brachte gr. p r o c h a s k a (oevp) einen a b a e n d e r u n g s a n t r a g ein, die bedeckung nicht aus dem kulturschilling vorzunehmen. der a b a e n d e r u n g s a n t r a g wurde mit den stimmen der spoe a b g e l e h n t, der a n t r a g des berichterstatters mit den stimmen der spoe a n g e n o m m e n .

dramatisches zentrum

gr. w i n d h a b (spoe) beantragte, dem dramatischen zentrum eine subvention in der hoehe von 500.000 schilling zu gewaehren. die widmungsgemaesse verwendung dieses geldes wird der ma 7 nachzuweisen sein. gr. p r o c h a s k a (oevp) erklarte, er habe den eindruck, dass das dramatische zentrum weit von seinem

urspruenglichen zweck entfernt sei. weder inhaltlich noch besuchermaessig entsprechen seine erfolge dem aufwand an subventionsgeldern. gr. w i n d h a b (spoe) verwies in seinem schlusswort auf die vielfaeltige arbeit, die im dramatischen zentrum geleistet werde. unbekannte kuenstler koennen dort in erscheinung treten. wir muessen in der kunst auch den mut zum experiment haben, sagte windhab.

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe und fpoe. (ger) (forts.)

1314

wiener gemeinderat (8):

institut fuer wissenschaft und kunst

14 wien, 30.5. (rk) gr. hildegard w o n d r a t s c h (spoe) beantragte als berichterstatter, dem institut fuer wissenschaft und kunst fuer 1980 eine subvention von 400.000 schilling zu gewaehren. gr. dipl.-ing. p a w k o w i c z (fpoe) erklarte, dass die kurse und seminare dieses institutes durch veranstaltungen im universitaeren und ausseruniversitaeren bereich mehr als abgedeckt werden. da das institut weder vom inhalt noch von den vortragenden her neues bietet, wuerde der wissenschaftlichen welt kein sehr grosser verlust erwachsen, wuerde man die subvention einstellen. gr. p r o c h a s k a (oevp) erklarte, dass das institut ueber keinerlei messbare effizienz verfuegt. bei der auswahl der referenten geht man sehr parteilich vor. gr. w o n d r a t s c h (spoe) erklarte in ihrem s c h l u s s - w o r t , dass das vorige jahr fuer das institut wegen einer notwendigen uebersiedlung ein krisenjahr war. das jahr 1980 ist ein "probegalopp". nach den erfahrungen des heurigen jahres wird man sehen, wie es weitergehen soll.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe a n g e - n o m m e n . (sei) (forts.)

1319

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (9):

grundtausch

15 wien, 30.5. (rk) gr. o u t o l n y (spoe) beantragte den tausch eines grundstuecks zwischen der stadt wien und der gemeinnuetzigen baugesellschaft bau- und siedlungsgenossenschaft der freischaffenden. die stadt wien tauscht grundflaechen in aspern gegen ein grundstueck bei der markomannenstrasse zur verbesserung der infrastruktur in diesem bereich.

stadtrat dr. g o l l e r (oevp) kritisierte die langen verzoegerungen die durch den mangel an koordinierung in der magistratsabteilung 69 entstanden sein sollen. bereits 1972 seien die grundbesitzer in kagran verkaufsbereit gewesen. erst 1977 wurden die verkaufsverhandlungen aufgenommen, wobei die forderungen der grundbesitzer auf das doppelte angestiegen sind. vor abschluss des vertrages wurde das grundstueck zweimal weiter verkauft. einmal an die wiener heimbaugenossenschaft um 750 schilling pro quadratmeter und das zweite mal - wieder kanpp vor vertragsabschluss - um 900 schilling pro quadratmeter an die gemeinnuetzige bau- und siedlungsgenossenschaft der freischaffenden, die von der sozialbaugenossenschaft betreut wird. goller stellte somit eine verbindung zwischen dem grundstuecksankauf und der spoe wien her. es sei dies ein dreiecksgeschaeft, das zu lasten der stadt wien geht und den geplanten schulneubau in der markomannenstrasse betraechtlich hinauszoegert, sagte stadtrat goller.

gr. n o f s t e t t e r (spoe) stellte klar, dass die gemeinnuetzige bau- und siedlungsgenossenschaft der freischaffenden eine eigene juridische persoenlichkeit ist und von der sozialbaugenossenschaft nur betreut wird. die verbindung zwischen der grundtransaktion und der wiener spoe ist daher fehl am platz und passt in das konzept der skandalisierungswelle der oevp.

auch gemeinderat o u t o l n y bedauerte in seinem s c h l u s s w o r t , die methode der unterstellungen. der erste ankauf der liegenschaft wurde nicht von der wiener heimbaugenossenschaft getaetigt, sondern von der baugesellschaft wiener heim, die mit der firma mischek in verbindung steht. die magistratsabteilung 69 hat sich neun jahre lang um die transaktion bemueht, bei der die jeweiligen liegenschaftseigentuemer dreimal wechselten. die unzulaenglichen gesetzlichen bedingungen des bodenmarktes sind eine traurige tatsache, weil die oevp im parlament ihre zustimmung zu einem wirksamen wohnrecht verweigert hat.

a b s t i m m u n g : mit mehrheit angenommen. (ba)

subvention amerlinghaus

gr. h a n k e (spoe) beantragte, dem verein kulturzentrum spittelberg, zur fuehrung eines kommunikationszentrums fuer soziale, bildungsmaessige und kulturelle kinder- jugend und erwachsenenbetreuung im amerlinghaus, eine subvention bis zu 2,2 millionen schilling zu gewaehren.

gr. prof. b i t t n e r (oevp) sagte, es werde nun schon die dritte jahressubvention fuer das amerlinghaus beschlossen, obwohl noch keine abrechnungen fuer die jahre 1978 und 1979 vorliegen. die staendige ueberpruefung des kulturzentrums durch das kontrollamt, auf die seitens der spoe verwiesen werde, sei zu aufwendig, ueberdies seien dabei festgestellte maengel nicht abgestellt worden. bemerkenswert hoch sei im budget des kulturvereins fuer 1980 der posten fuer werbung und information mit 288.000 s angesetzt. eine auflistung der geplanten veranstaltungen und besucher ergebe einen subventionsbetrag von 600 s pro besucher. es sei also zu befuerchten, dass hier eine disproportio zwischen den aufgewendeten mitteln und dem zur durchfuehrung kommenden programm bestehe.

gr. h a n k e (spoe) entgegnete im s c h l u s s - w o r t , dass die abrechnung und der bericht fuer 1978 vorliegen. der bericht fuer 1979 werde ebenfalls bald fertig sein. die oevp habe sich nicht ernsthaft mit dieser angelegenheit beschaeftigt und sich auch nicht an ort und stelle ueber die arbeit im amerlinghaus informiert. 1979 gab es im amerlinghaus ein reichhaltiges veranstaltungsprogramm und insgesamt 12.700 besucher.

a b s t i m m u n g : der antrag wurde mit s t i m m e n - m e h r h e i t angenommen. (gab) (forts.)

1429

wiener gemeinderat (10):

wohnungsberatungsstellen

16 wien, 30.5. (rk) gr. ing. h o f s t e t t e r (spoe) beantragte, den aufwandsersatz fuer die gesiba-mitarbeiter, die das wohnungsberatungszentrum betreuen, ab 1980 und 1981 fuer je einen zusaetzlichen mitarbeiter zu erhoehen. ab 1981 wird also die stadt wien fuer sechs angestellte die kosten uebernehmen.

gr. l u s t i g (spoe) stellte fest, dass damit die beratungstaetigkeit fuer wohnungssuchende ausgeweitet wird und ein weiterer schritt zu der von buergermeister gratz angekuendigten dezentralisierung erfolgt. zwischen dem 1. februar 1968 und dem 2. mai 1980 wurden fast 760.000 beratungen durchgefuehrt. besonders wichtig ist die taetigkeit der wohnungsberatungsstelle auch bei der beratung und einrichtung der wohnbeihilfe. drei neue beratungsstellen sollen fuer den 12./23. sowie fuer den 21. und 22. bezirk eingerichtet werden, die fuer berufstaetige auch abends zu bestimmten stunden geoeffnet sein werden. es ist beabsichtigt, die frequenz der nachfragen bezirkswise zu erfassen, um den bedarf nach weiteren aussenstellen zu erkennen.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

stauversuch "kuehwoerther wasser"

fuer die durchfuehrung des "aufstauversuchs 'kuehwoerther wasser'" zwecks kuenftiger grundwasseranreicherung in der lobau beantragte gr. freinberger (spoe) 5,5 millionen schilling. es soll festgestellt werden, wie weit eine grundwasseranreicherung und eine wassergewinnung in der unteren lobau moeglich sind.

gr. dipl.ing. ddr. strunz (oevp) bezeichnete das projekt als interessant, fuer die lobau sehr wichtig, und auch fuer die kuenftige wasserversorgung von bedeutung. es sollten jedoch alle aktivitaeten in einer hand vereinigt werden: ein oekologiebeauftragter lobau waere von der stadt wien zu bestellen.

gr. freinberger betonte im schlusswort, dass die massnahmen im interesse einer gesicherten wasserversorgung und der lobau als naturschutz- und naeherholungsgebiet sehr wichtig sind. wuerde eine gefahr fuer den biologischen haushalt bestehen, koennten dies die zustaeendigen fachabteilungen feststellen.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (and) (forts.)

1448

wiener gemeinderat (11):

stadthallenbad

17 wien, 30.5. (rk) gr. lustig (spoe) stellte den antrag, die baulichen abaenderungen und installationen im stadthallenbad mit einem kostenaufwand von 16 millionen schilling zu genehmigen.

gr. dipl.-ing. dr. pawkowicz (fpoe) erklarte, dass das stadthallenbad 1974 als modernstes bad europas eroeffnet wurde. heute sollen 16 millionen fuer die sanierung beschlossen werden. dies erscheint relativ hoch. dass zum beispiel die fussbodenheizung nach sechs jahren erneuert werden muss, spricht nicht fuer ihre optimale qualitaet. es stellt sich die frage, ob die bauleitung (magistratsabteilungen 23 und 32) versagt hat oder ob die firmen mangelhaft gearbeitet haben. die fpoe werde dem antrag zustimmen, die angelegenheit muss jedoch genau untersucht werden.

gr. l u s t i g (spoe) erklarte in seinem s c h l u s s - w o r t , dass ein teil der umbauarbeiten aufgrund des baederhygienegesetzes notwendig wird. ein teil trifft auch den architekten rainer, da das sogenannte 'nullgefaelle' nicht fuer den notwendigen wasserablauf sorgt. die heizung muss nicht erneuert, sondern nur instandgesetzt werden. die bauleitung erfolgte aufgrund der plaene des architekten.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

brigittenauer bruecke

gr. h e n g e l m u e l l e r (spoe) beantragte, die ueberpruefung des detailprojektes und die architektonische beratung fuer die brigittenauer bruecke mit gesamtkosten von 6 millionen schilling zu genehmigen.

gr. gertrude h a e r t e l (oevp) kuendigte an, dass ihre fraktion diesem antrag nicht zustimmen werde. die oevp ist nicht gegen eine zusaetzliche donaubruecke, sehr wohl aber gegen den gewaehlten standort. es gibt einen spoe-antrag, in dem die verlaengerung der bruecke nach norden ueber die alte donau zur donaufelder strasse verlangt wird. wenn das verkehrskonzept ernst genommen werden soll, muesse die spoe diesen antrag zurueckziehen.

stadtrat n i t t e l (spoe) wies darauf hin, dass die donaubruecken neuralgische baender im verkehrsablauf darstellen. unfaelle oder gebrechen auf einer bruecke verursachen grossraeumige stauungen. auf der praterbruecke zum beispiel fahren in der spitzens-tunde rund 10.000 fahrzeuge (rufz.) ueber die frage, ob es eine verkehrsverbindung ueber die alte donau zur entlastung grosser wohngebiete geben soll, werde man in zukunft noch nachdenken muessen. heute geht es aber um eine andere frage, naemlich darum, ob eine zusaetzliche donaubruecke als spange zwischen donauferautobahn und handelskai sowie als fuss- und radwegverbindung zum erholungsgebiet donaubereich notwendig ist. schon 1914 war in

diesem bereich eine zusaetzliche donaubruecke geplant worden. mit dem bau der brigittenuer bruecke wurde nunmehr am 24. maerz 1980 begonnen, die verkehrsfreigabe wird voraussichtlich im herbst 1982 moeglich sein.

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe.
(ger) (forts.)

1513

wiener gemeinderat (12):

debatte zur psychiatrie-reform

18 wien, 30.5. (rk) nach der erledigung der normalen tagesordnung wurde die debatte ueber die mitteilung von stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) ueber den ''stand der psychiatrie-reform in wien'' aufgenommen.

gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) erklarte, dass alle von stadtrat stacher vorgeschlagenen positiven massnahmen nur ein tropfen auf den heissen stein bleiben werden, wenn es nicht gelingt, den drogenhandel einzudaemmen. hirnschall kritisierte die milde des derzeitigen strafgesetzes fuer den drogenhandel und forderte energische massnahmen vom bundesgesetzgeber. fuer den drogenhandel sollten die strafsaeetze denen fuer vorsaezliche toetung angeglichen werden.

gr. dr. marilies f l e m m i n g (oevp) forderte, dass der paragraph 9 a und b des suchtgiftgesetzes in der derzeitigen form abgeschafft werden sollte. durch den wegfall wuerde keine kriminalisierung von suchtgiftkranken eintreten, da der paragraph 42 des neuen strafgesetzes den suchtgiftkranken eine chance bietet, straffrei zu bleiben. nicht straffrei blieben jedoch die haendler. dr. flemming kritisierte abschliessend, dass fuer die behandlung von suchtgiftkranken derzeit wartezeiten bis zu einem jahr bestehen. (sei) (forts.)

1517

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (13):

psychiatriereform

19 wien, 30.5. (rk) die psychiatriereform hat bereits nach einem jahr schoene erfolge erzielt, stellte gr. erika k r e n n (spoe) fest. ein teilaspekt der psychiatriereform ist der kampf gegen die drogenabhaengigkeit. in wien gibt es bereits mehr drogenberatungsstellen und -behandlungsstaetten als in den anderen bundeslaendern zusammen. das beste vorbeugungsmittel sei ein gutes vertrauensverhaeltnis zwischen den angehoerigen einer familie. von der stadt wien wurden zahlreiche massnahmen zur vorbeugung, zur therapie und zur nachbehandlung getroffen. beispielsweise die zusammenarbeit mit selbsthilfegruppen und angehoerigenvereinen, die schulung der schulaerzte und die aufklaerung der lehrer, eltern und jugendlichen. ab 2. juni startet die stadt wien eine neuerliche informationskampagne zum drogenproblem. zur koordinierung zwischen dem medizinischen, dem schulischen und familiaeren bereich wurde ein drogenbeirat unter der leitung von vizebuergerrmeisterin f r o e n l i c h - s a n d n e r und gesundheitsstadtrat univ. prof. dr. s t a c h e r ins leben gerufen. im medizinischen bereich stehen fuer akutfaelle tag und nacht hilfen zur verfuegung. gr. erika k r e n n verwies auf das problem des medikamentenverbrauchs, der sich innerhalb von 50 jahren auf das 15fache erhoehrte suchtgifte wie alkohol, nikotin oder koffein werden in ihrer gefaehrlichkeit nicht erkannt oder verniedlicht. 1979 starben 2.000 menschen an lebererkrankungen und 3.500 patienten an lungenkrebs. es sei daher notwendig, in der aufklaerungskampagne auch auf die gefaehrlichkeit dieser suchtgifte sowie auf das negative vorbild der medikamenteneinnahme hinzuweisen. (ba)

stadtrat dr. gertrude k u b i e n a (oevp) betonte die notwendigkeit der aufklaerung der bevoelkerung ueber das drogenproblem. sie wies auch vorwuerfe zurueck, die oevp wuerde das

informationsmaterial der stadt wien zu diesem problem nicht verteilen. information fuer und durch die eltern, lehrer und aerzte sei aber in noch weit staerkerem ausmass notwendig, als jetzt.

wien habe zwar in oesterreich den besten apparat zur drogenbekaempfung und zur rehabilitation drogensuechtiger, doch habe wien auch das groesste drogenproblem - 22 drogentote von 31 in oesterreich im heurigen jahr. ueberdies seien etwa 15 mit dem sicherheitssektor der drogenszene befasste beamte ebenso zuwenig, wie es zuwenig plaetze zur rehabilitation drogenabhaengiger gebe. ein neues rehabilitationszentrum im dritten bezirk zu begruessen, doch muesse man die bevoelkerung der umgebung verstaendigen, um eventuellen widerstaenden vorzubeugen. abschliessend forderte dr. kubiena eine rueckkehr von rein materiellen zu ideellen werten als basis der bekaempfung der drogensucht. (gab) (forts.)

1628

wiener gemeinderat (14):

psychiatriereform (forts.)

20 wien, 30.5. (rk) gr. eveline andrlík (spoe) fuehrte an, dass gesundheitsstadtrat stacher seit seinem amtsantritt einen zielplan fuer kranken- und altenhilfe, einen gesundheitsplan, einen seniorenbericht sowie einen zielplan fuer psychiatrische und psychosoziale versorgung vorgelegt hat. auf tausend einwohner entfallen 1,5 psychiatrische betten, wien liegt daher international im besten drittel. zahlreiche massnahmen wurden gesetzt, um psychisch kranke besser betreuen zu koennen: neue planstellen fuer pfleger und aerzte, ein eigenes kuratorium fuer psychosoziale dienste, eine psychosoziale station. andrlík hob hervor, dass es gilt, vorurteile abzubauen und die bevoelkerung aufzuklaeren. ein gross- teil der patienten ist aelter, und es ist die zusammenarbeit zwischen aerzten, mobilen schwestern, angehorigen usw. von grosser bedeutung. die schaffung von einer ambulanz im psychiatrischen krankenhaus, therapeutische wohngemeinschaften, sind wesentliche schritte fuer die integration psychisch kranker menschen.

die aufklaerung, betreuung und beratung ist in keinem bundesland so gut wie in wien, stellte gr. gabrielle t r a x l e r (spoe) fest. die oevp stelle die dinge falsch dar und trage zur verunsicherung der bevoelkerung bei. das experiment der ''street-worker'' ist neben den versuchen in muenchen einmalig und wird, wenn es sich bewaehrt, ausgebaut. im juni wird eine verstaerkte information beginnen, und die zusammenarbeit zwischen jugendamt, gesundheitsamt und polizei wird staendig intensiviert. die verstaerkte kriminalisierung sei der falsche weg um gegen die drogensucht vorzugehen. der alkohol gefaehrdet wesentlich mehr menschen als drogen. die zahl der alkoholsuechtigen jugendlichen ist im steigen. (and) (forts.)

1632

wiener gemeinderat (15):

psychiatriereform (forts.)

21 wien, 30.5. (rk) gr. h a h n (oevp) erklarte, dass alle einig seien, dass mehr aufklaerung notwendig ist und die bemuehungen um mehr betten fortzusetzen sind. hahn dankte allen polizeibeamten, die im kampf gegen die drogenszene taetig sind, und verwies auf die schwierigen verhaeltnisse, vor allem in raeumlicher hinsicht, die im suchtgiftreferat herrschen. innerhalb der polizei verstaerkt sich eine gewisse unsicherheit. haertere verurteilungen jener verbrecher, die unter umstaenden hunderte menschen auf dem gewissen haben, muessten auch eine erkenntnis der diskussion um die suchtgiftprobleme sein, schloss hahn.

stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r dankte fuer die diskussion, die der sorge aller entspringe. er verwahrte sich gegen den vorwurf, zu spaet gehandelt zu haben. wir haben erkannt, dass sich eine entwicklung beim drogenproblem anbahnt und entsprechende massnahmen eingeleitet. zu behaupten, der bericht ueber den stand der psychiatriereform sei ein jubelbericht, ist demagogisch. er habe deutlich klargestellt, sagte stacher, dass noch viel zu tun ist auf diesem gebiet. die zahl der todesopfer durch drogen

/.

lasse nicht auf eine entsprechende verbreitung der rauschgiftsucht schliessen, eine hoehere zahl an toten sei eher ein indiz fuer die unerfahrenheit im umgang mit drogen. in den westlichen bundeslaendern ist der anteil der drogenabhaengigen zweifellos groesser als in wien.

stacher dankte allen - ob bei der polizei oder in der therapie - im kampf gegen die rauschgiftsucht taetigen. er gab der oevp zu bedenken, ob nicht auch sie zur unsicherheit in der bevoelkerung beitrage, indem sachverhalte unrichtig dargestellt werden. stacher wies den vorwurf des materialismus als unzuessaessige verallgemeinerung zurueck. wuerde er stimmen, dann waeren nicht so viele menschen in spitaelern, bei der feuerwehr und in vielen anderen einrichtungen aufopfernd taetig. (ger) (forts.)

1705

wiener gemeinderat (16):

dringliche anfrage general motors

22 wien, 30.5. (rk) in der dringlichen anfrage der oevp an den amtsfuehrenden stadtrat fuer finanzen und wirtschaftspolitik wird unter anderem auskunft darueber verlangt, wie hoch die subventionen der stadt wien fuer das gm-werk sind, wie sich die leistungen detailliert aufschluesseln, woher das geld genommen wird, warum der wiener gemeinderat bisher noch nicht informiert wurde und ob die hoehe der foerderung nicht eine diskriminierung oesterreichischer unternehmungen darstellt.

in der begruendung fuer die dringliche anfrage erklaerte stadtrat neusser (oevp), dass multinationale unternehmungen ihren standort nicht nach der subventionshoehe auswaehlen. fuer oesterreich waren der arbeitsfriede und die sozialpartnerschaft ausschlaggebend. das vertragswerk ist bisher nur aus zeitungsmeldungen bekannt und das war fuer die oevp grund genug, eine dringliche anfrage zu stellen.

./.

gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe) erklarte, dass das projekt sicherlich zustimmung gefunden haette, wenn die foerderung im allgemeinen rahmen geblieben waere. die fpoe hat keine animositaet gegenueber multinationalen unternehmungen. sie spricht sich jedoch gegen die ueberdimensionierte foerderung aus, die nicht einmal notwendig war. so erklarte der vizepraesident von gm bei der grundsteinlegung in aspern, dass die foerderungsmittel nicht entscheidend fuer die standortwahl waren. die ueberdimensionierte foerderung muss zu einer frustration der heimischen unternehmungen fuehren. dr. pawkowicz kritisierte weiter, dass man in eine sehr krisenanfaellige branche "hineinfoerdert". besser waere es gewesen, die foerderungsmittel fuer die entwicklung alternativer energien zu verwenden. man haette sich dadurch auch die laufenden atomdiskussion ersparen koennen. (sei) (forts)

1707

wiener gemeinderat (17):

dringliche anfrage general motors (forts.)

23 wien, 30.5. (rk) stadtrat n e u s s e r (oevp) kritisierte, dass der gemeinderat ueber das projekt general motors nicht informiert wurde. ebenso wenig wisse der gemeinderat, wie der vertrag zwischen general motors und der gemeinde wien aussehe. dem groessten konzern der welt seien vom bund und der stadt wien die groessten geschenke gemacht worden: ein drittel der investitionen wird in bar und im voraus bezahlt. dem konzern werden 2.600 millionen steuerfrei geschenkt. dazu kommen noch 700 millionen an aufschliessungskosten und 120 millionen an "sondergeschenken" wie strom-, wasser-, gas- und kanalanschliessungsgebuehren und anderes mehr. vom bund werden zu 100 prozent die ausbildungskosten der arbeiter uebernommen. von seiten general motors werden keinerlei gegenleistungen geboten. die oesterreichische regierung ist am gewinn nicht beteiligt, und general motors uebernimmt auch keine wertschoepfungsgarantie. general motors wird keine forschungsarbeit in oesterreich durchfuehren. ein arbeitsplatz im konzern kostet oesterreich 1,3 millionen.

bei klein- und mittelbetrieben rechnet man mit kosten von 300.000 bis 500.000 schilling pro arbeitsplatz. dafuer muessen die firmen jedoch steuer zahlen. stadtrat neusser warf der stadt wien eine unterschiedliche behandlung von grosskonzernen und klein- und mittelbetrieben vor. die ungerechte bevorteilung von general motors sei der dank dafuer, dass die klein- und mittelbetriebe 60.000 arbeitskraefte aufgenommen haben, lehrlinge auf eigene kosten ausbilden und die arbeitslosigkeit in oesterreich auf einen niedrigen stand halten. (ba)

gr. dkfm. dr. e b e r t (oevp) sagte, dass ergebnis der an sich guten idee einer autoproduktion in oesterreich sei zu einem affront fuer die gesamte oesterreichische wirtschaft geworden. waehrend normale klein- und mittelbetriebe teure kredite aufnehmen muessen, da ihnen keine kapitalbildung ermoeglicht werde, habe general motors unter dem titel 'arbeitsplatzsicherung' unglaubliche geschenke erhalten. sei schon die entwicklung der vertragsverhandlungen nicht einsehbar gewesen, so benachteilige der ausgehandelte vertrag klar die oesterreichischen betriebe. saemtliche vorteile, die sich die spoe von der ansiedlung von gm erhoffe, wie etwa die verbesserung der zahlungsbilanz, seien nicht gesichert. der vertrag sei fuer oesterreich unguenstig und darueber hinaus in vielen punkten nicht konkret. die spoe als partei, die gegen privilegien und fuer gleichheit eintritt, habe hier einen vertrag ausgehandelt, der eklatant gegen diese prinzipien verstosse. es liege an der spoe, sich wenigstens in zukunft an ihren leitsatz einer an den interessen der menschen orientierten politik zu halten. (gab) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (18):

dringliche anfrage general motors (forts.)

24 wien, 30.5. (rk) es werden milliarden in eine branche gesteckt, die sehr konjunkturanfaellig ist, kritisierte gr. a l r a m (oevp), und fragte, ob es sinnvoll sei, dass gm von der republik oesterreich 2,6 milliarden schilling erhaelt. diese foerderung sei mit den grundsuetzen des arbeitsmarktfoerderungsgesetzes nicht vereinbar. ueberdies werde die ausbildung von arbeitern von der arbeitsmarktverwaltung uebernommen, und gm erhaelt eine garantie, dass die notwendigen arbeitsbewilligungen und visa fuer auslaendische arbeitskraefte zur verfuegung gestellt werden, wenn der bedarf auf dem inlaendischen arbeitsmarkt nicht gedeckt werden kann. alram wandte sich auch gegen die weitgehende uebernahme der lehrlingsausbildungskosten durch die oeffentliche hand. er befuerchtete, dass es jederzeit passieren koennte, dass das neue werk 'noch vor der eroeffnung geschlossen wird'. viele oesterreichische betriebsraete verfolgen, so alram die entwicklung, weil es ihnen nicht gelungen ist, solche beguenstigungen wie gm zu bekommen. die produktion und die beschaeftigung von arbeitern wird weitgehend oesterreichischer kontrolle entzogen, und dies koenne den oesterreichischen arbeitnehmern jederzeit 'auf den kopf fallen'. (and) (forts.)

1758

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (19):

dringliche anfrage general motors (forts.)

25 wien, 30.5. (rk) die klein- und mittelbetriebe haben nach 1945 gemeinsam mit ihren mitarbeitern die aufbauarbeit geleistet, erklarte gr. dr. m a y r (oevp). sie haben die arbeitsplaetze in guten und schlechten zeiten gesichert. sie sind darueber empoeert, dass nun fuer general motors viele leistungen durch die oeffentliche hand erbracht werden, fuer die sie selbst bei ausbaumassnahmen zahlen muessen. dr. mayr erklarte, dass general motors vertraglich nicht verpflichtet ist, oesterreichische zulieferfirmen zu beschaeftigen. bis ende 1981 muss die stadt wien leistungen von einer milliarde schilling erbringen. auf der anderen seite wird auf dem ruecken oesterreichischer unternehmer und ihrer mitarbeiter gespart: fuer die renovierung von zwei rath austuermen soll eine um fuenf millionen schilling billigere ungarische firma herangezogen werden. ein grosser teil der kosten erwachsen aber gerade bei dieser arbeit aus den lohnkosten, die in oesterreich und ungarland ungleich sind. die beschaeftigung einer ungarischen firma mit dieser arbeit wuerde auch gegen die gewerbeordnung verstossen.

gr. d a l l e r (oevp) erklarte, dass die ansiedlung von general motors von der donau staedter spoe als grosser erfolg gefeiert werde. der anteil der arbeitsplaetze fuer donau staedter sei aber nur sehr bescheiden. die kosten fuer den laermschutz (34,4 millionen), fuer den stromanschluss (55 millionen), den erdgasanschluss (6,5 millionen), den wasseranschluss (mindestens 1,1 millionen), die kanalisation (120 millionen fuer den asperner sammelkanal) u.a. werden von der oeffentlichen hand getragen. die bevoelkerung dieses raumes wartete z.b. seit jahrzehnten auf den kanalanschluss. fuer den strassenausbau werden insgesamt (ohne a 24) 451 millionen ausgegeben. die oeffentlichen verkehrsverbindungen sollen verbessert werden. die bevoelkerung hatte auch darauf bisher vergeblich gewartet. bisher waren die bewohner dieses gebiets eher buerger 2. klasse gewesen. die infrastrukturellen verbesserungen kommen nun auch ihnen zugute, zum unterschied von general motors muessen sie dafuer aber zahlen. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (20):

dringliche anfrage general motors (forts)

26 wien, 30.5. (rk) die barleistungen der stadt wien gehen nicht ueber jene zehn prozent der investitionssumme hinaus, die ansonsten bei betriebsansiedlungen gewahrt werden, erklaerte stadtrat m a y r (spoe) in seiner beantwortung der dringlichen anfrage der oevp. ebenso liegen die aufschliessungskosten der stadt wien im ueblichen ausmass.

zur debatte erklaerte mayr, er haette sich gewuenscht, dass eine diskussion ueber die grossen strukturprobleme der wirtschaft der ostregion gefuehrt worden waere. fuer den osten stellt sich die frage, wie die tendenz einer sinkenden bevoelkerungszahl und eines sinkenden arbeitskraeftepotentials gestoppt und umgekehrt werden kann. in wien selbst geht der anteil des sekundaeren sektors an der wiener wirtschaft staendig zurueck. allein im jahr 1978 gingen trotz neugruendungen rund 1.700 industrielle und gewerbliche arbeitsplaetze in wien verloren. durch die neuen arbeitsplaetze bei general motors wird im jahr 1981 und 1982 erstmals die chance bestehen, seit langer zeit die anzahl der industriellen arbeitsplaetze in wien halten zu koennen. darueber hinaus wird die ansiedlung noch zu weiteren impulsen fuer die wiener wirtschaft fuehren. zu jedem in aspern geschaffenen arbeitsplatz duerften drei weitere arbeitsplaetze in zulieferindustrien kommen. ein teil dieser rund 7.000 arbeitsplaetze in der zulieferindustrie wird in den folgenden jahren in wien sicher entstehen. von der bundes-oevp wurde auch kritisiert, dass eine solche betriebsansiedlung nicht in einem grenzlandbereich, sondern in wien erfolgt. man sollte doch bedenken, dass im grenzlandbereich zumeist probleme von ein paar hunderten von arbeitsplaetzen zu loesen sind, und dass allein von der arbeitsmarktseite her das projekt general motors fuer den grenzlandbereich einfach zu gross dimensioniert ist. die laengerfristige schaffung von 10.000 industriellen arbeitsplaetzen scheint daher wohl nur

in einem ballungszentrum und im raum wien denkbar. durch eine gross-raeumige zusammenarbeit innerhalb der ostregion koennten bestehende probleme in den grenzlandgebieten und in den ballungsraeumen geloest werden.

fuer die entwicklungsachse stadlau-aspersn-essling ist die ansiedlung von general motors anlass fuer den beginn zahlreicher infrastruktureller massnahmen. die massnahmen vor allem im strassenbaubereich werden das kuenftige rueckgrat fuer zirka 11 in diesem bereich geplante betriebsbaugebiete bilden. auf einer flaeche von zirka 400 hektar koennen rund 20.000 arbeitsplaetze geschaffen werden. dies ist in diesem gebiet umso wichtiger, weil der 22. bezirk mit derzeit 20 arbeitsplaetzen je 100 einwohner am untersten ende der wiener bezirke liegt.

die vereinbarung mit general motors umfasst ein areal von 250 hektar. das motoren und getriebewerk erfordert 124 hektar. fuer die restlichen flaechen hat general motors bis 1986 eine optionsmoeglichkeit. die aufschliessung dieses areals wird von der stadt wien so gestaltet, dass bei nichtausuebung der option durch general motors sofort eine aufschliessung fuer industriebetriebe mittlerer groesse durchgefuehrt werden kann.

die dringliche anfrage der oevp, die acht punkte enthielt, wurde von stadtrat mayr wie folgt beantwortet:

1. oevp: wie hoch werden fuer die stadt wien insgesamt die subventionen und andere leistungen zur errichtung eines motoren- und getriebewerkes der firma general motors auf dem neuen betriebsbaugebiet in aspern sein?

str. mayr: zu der im punkt 1 geforderten information ueber das ausmass der subventionen und anderen leistungen der stadt wien zur errichtung des motoren- und getriebewerkes ist darauf hinzuweisen, dass die fuer die erste ausbaustufe unmittelbar erforderlichen aufschliessungsmassnahmen nach den ersten schaetzungen rund 300 mil-lionen s betragen. aus gruenden der wirtschaftlichkeit sind in dieser ersten aufschliessungsphase allerdings auch schon weiter-reichendere massnahmen zu setzen, die spaeteren betriebsansiedlungen zu gute kommen werden. mit diesen massnahmen werden die bis 1983 fertigzustellenden infrastruktureinrichtungen insgesamt rund 500

millionen s erfordern. die stadt wien wird fuer das motoren- und getriebewerk barsubventionen bis maximal 800 millionen s zur verfuegung stellen. insgesamt werden daher wahrscheinlich 1,3 milliarden von der stadt wien aufgewendet werden.

2. oevp: wie gliedern sich diese leistungen - detailliert aufgeschlüsselt in barzuwendungen, grundkosten, innere und aeussere aufschliessungskosten sowie sonstige leistungen - und welche betraege muessen dabei jeweils zu welchem zeitpunkt bereitgestellt werden?

str. mayr zu frage 2: das grundstueck wird vom bund general motors kostenlos zur verfuegung gestellt. fuer diese ansiedlung benoetigte grundstueck der stadt wien wurden dem bund uebergeben, wofuer vom bund ein flaechengleicher ersatz geleistet werden wird oder vom bund gekauft wird. die inneren aufschliessungskosten, entsprechend der vereinbarung zwischen der republik oesterreich und der general motors corporation, werden von general motors getragen. die im punkt 1 genannten aufschliessungskosten sind aeussere aufschliessungskosten.

die jaehrliche verteilung der notwendigen mittel ist durch die derzeit noch laufende planung bei general motors hinsichtlich der barzuschuesse noch nicht genau absehbar. fuer 1980 wird wahrscheinlich ein barzuschuss von s 112 mio, erfolgen. fuer die durchfuehrung der aufschliessung wurden 1979 ca. s 28 mio. eingesetzt. fuer 1980 ist mit rund s 188 mio., fuer 1981 mit s124 mio., 1982 mit s 87 mio. und 1983 mit s 57 mio. zu rechnen.

3. oevp: wie erfolgt die jeweilige bedeckung dieser mittel angesichts der angespannten finanziellen situation der stadt wien und der verwirklichung anderer wichtiger kommunaler aufgaben?

str. mayr zu punkt 3: die bedeckung dieser mittel erfolgt aus dem budget der stadt wien bzw. bezueglich der aufschliessungsmassnahmen wird wahrscheinlich ein kredit der oesterreichischen kommunalkredit ag angesprochen werden.

4. oevp: warum wurde der wiener gemeinderat als oberstes politisches gremium bisher nicht von einer vereinbarung dieser groesse und tragweite informiert und wann wird diese vereinbarung dem gemeinderat zur beschlussfassung vorgelegt werden?

str. mayr zu punkt 4: der gemeinderat wurde in seiner sitzung vom 29. oktober 1979 ueber die ansiedlung general motors und den damit zusammenhaengenden fragen informiert. der wiener gemeinderat hat in dieser sitzung die erforderlichen ausgaben zur aufschliessung des betriebsbaugebietes flughafen aspern bewilligt. in dem bericht zu diesem antrag an den gemeinderat wurden einzelkostengliederungen angegeben und eine beteiligung an den barzuschuessen des bundes seitens der stadt wien angekuendigt, in diesem antrag wurde auch ein gesonderter vertrag zwischen dem bund und der stadt wien ueber die zu leistenden barzuschuesse und andere fragen in aussicht gestellt. durch die erweiterung des projektes um ein getriebewerk im februar dieses jahres musste die schon zwischen dem bund und der stadt wien vorbereitete vereinbarung nochmals ueberarbeitet werden und liegt derzeit seitens der stadt wien unterschriftsreif zur unterfertigung im bundeskanzleramt.

5. oevp: sind sie nicht der ansicht, dass eine foerderung an general motors in dieser art und in dieser hoehe nicht nur eine diskriminierung oesterreichischer unternehmen darstellt, sondern dass mit den eingesetzten mitteln in anderen weniger konjunktur-empfindlichen bereichen, vor allem der oesterreichischen klein- und mittelbetriebe, weitaus sicherere und krisenfestere arbeitsplaetze in mindestens derselben anzahl haetten geschaffen werden koennen?

str. mayr zu punkt 5.: eine solche foerderung, wie sie general motors gewahrt wurde, waere einem entsprechend potenten oesterreichischen unternehmen sicher ebenfalls zur verfuegung gestellt worden. die frage reduziert sich darauf, ob eine solche foerderung an einem betrieb einer solchen art und weltweiten bedeutung gerechtfertigt ist.

auf die hohe kapital- und umsatzintensitaet und die damit verbundenen auswirkungen auf zulieferindustrien ist schon verwiesen worden. die foerderung wird aber zusaetzlich auch dadurch gerechtfertigt, dass mit der ansiedlung general motors eine strukturelle ergaenzung der oesterreichischen wirtschaft erfolgt. durch diese neuen werke von general motors in aspern entsteht nicht nur eine

umweltfreundliche industrie, sondern auch eine fertigung, deren produkte zu 100 prozent fuer den export bestimmt sind und damit fuer eine verbesserung der oesterreichischen leistungsbilanz einen wesentlichen beitrag leisten wird. dieser betrag kann gegenwaertig auf rund 3 milliarden schilling jaehrlich geschaezt werden.

ich moechte mich bei der beantwortung dieses punktes dr. igler anschliessen, der vorgestern darauf wert legte, "zum viel-diskutierten projekt von general motors ... eine klare feststellung" zu treffen: er meinte, "selbstverstaendlich kann sich oesterreich den internationalen ansiedlungswettbewerb fuer grossprojekte nicht verschliessen. dabei sind zweifellos auch sonderfoerderungen notwendig. ich persoendlich halte nichts von einem kleinkariertem kampf gegen grossprojekte industrieller art." ich kann seine dabei ge-aeusserte angst, dass solche foerderungen zu lasten der gesamtwirtschaft gehen, sicher zerstreuen. gerade in konjunkturphasen, wie der jetzigen, bilden erfahrungsgemaess investitionen der gross-industrie den motor fuer eine wiederbelebung der konjunkturlage.

auch international hat die niederlassung des zweitgroessten konzerns der welt in wien beachtung gefunden. so bezeichnete die angesehene britische financial times bereits im juni des vergangen jahres den guten fortschritt der verhandlungen als erfolg fuer oesterreich und hat gleichzeitig darauf hingewiesen, dass zweifellos der mit diesem projekt verbundene transfer moderner erzeugnis- und managementmethoden dem prozess der industriellen modernisierung oesterreichs beschleunigen wird.

6. oevp: wie begruenden sie die sachlich ungleiche behandlung von general motors im steuerlichen und arbeitsmarktpolitischen bereich sowie betreffend schulungsmassnahmen, lehrlingsausbildung und gastarbeiterregelung, die im widerspruch zu allen festgelegten foerderungsgrundsuetzen stehen?

str. mayr zu punkt 6: in der anfrage wird eine ungleiche behandlung von general motors im steuerlichen und arbeitspolitischen bereich sowie betreffend schulungsmassnahmen, lehrlingsausbildung und gastarbeiterregelung, behauptet. meines erachtens besteht bei diesen in bundeskompetenz fallenden bereichen keine ungleiche behandlung. general motors wurde die guenstigste behandlung zugesagt, die nach oesterreichischem recht zulaessig ist.

7. oevp: sind sie bereit, anderen wiener betriebe, in denen zusaetzliche arbeitsplaetze geschaffen werden koennten, ebenfalls zusaetzliche foerderungen zu gewaehren, wie zum beispiel zur schaffung von zusaetzlichen lehrlingsplaetzen in wien?

str. mayr zu punkt 7: das derzeitige foerderungsinstrumentarium der stadt wien ist meiner meinung nach fuer die loesung wirtschaftlicher fragen der betriebe der wiener wirtschaft bestens geeignet. dieses instrumentarium ist allerdings auf die struktur und situation der betriebe der wiener wirtschaft abgestimmt. eine zusaetzliche wiener foerderungsaktion zum beispiel fuer die schaffung neuer lehrlingsplaetze erscheint in anbetracht der zu erwartenden sinkenden schulabgaengerzahlen in wien nicht sinnvoll. eine diskriminierung der wiener wirtschaftstreibenden durch das projekt "general motors" besteht ebenfalls nicht, da in der vereinbarung des bundes mit general motors lediglich die foerderungsmoeglichkeiten im rahmen des bestehenden bundes-sonderprogrammes zur foerderung zusaetzlicher lehrstellen wiedergegeben wird.

8. oevp: sind sie bereit, im falle aehnlicher ausserordentlicher foerderungsmassnahmen in der zukunft den wiener gemeinderat rechtzeitig ueber die hoehe und die art der geplanten massnahmen zu informieren?

str. mayr zu punkt 8: ich muss den vorwurf, eine rechtzeitige information des wiener gemeinderates ueber dieses projekt unterlassen zu haben, zurueckweisen. schon am 29. oktober 1979 wurde der gemeinderat in seiner sitzung ueber dieses projekt informiert. die noch offenen fragen, die vor allem detailregelungen mit dem bund beinhalten, stehen knapp vor dem abschluss und werden nach vorliegen sofort dem gemeinderat zugeleitet werden.

nach der beantwortung der dringlichen anfrage teilte der den vorsitz fuehrende gr. ing. h o f s t e t t e r (spoe) mit, dass von der sozialistischen fraktion fuer eine aeusserung von stadtrat neusser (oevp), dass die spoe den weg der demokratie verlasse, und von gr. dkfm. dr. ebert fuer einen an ihn gerichtete zwischenruf von stadtrat mayr, "dumm, frech", je ein ordnungsruf beantragt worden war. die stadtraete neusser und mayr teilten dem vorsitzenden mit, dass sie ihre aeusserungen bedauern und zuruecknehmen. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (21):

dringliche anfrage der fpoe betreffend akh

27 wien, 30.5. (rk) gr. h i r n s c h a l l (fpoe) beantragte die behandlung der dringlichen anfrage zu den konsequenzen aus dem nunmehr fertiggestellten berichten des kontrollamtes ueber den neubau des akh sowie der firma med-consult ges.m.b.h. er begruendete die dringlichkeit damit, dass die behandlung im kontrollausschuss nunmehr abgeschlossen sei und sich aus dem kontrollamtsbericht fragen ableiten, die dringend einer entscheidung beduerfen.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

gr. h i r n s c h a l l stellte fest, dass das kontrollamt bei der vergabe von auftraegen ueber die betriebsorganisationsplanung des akh schwere verstoesse der akpe gegen die vergaberichtlinien aufgezeigt habe. der akpe-vorstand vertrete jedoch weiterhin die unhaltbare auffassung, dass derartige auftraege freihaendig vergeben werden koennen. damit sei gefahr gegeben, dass auch in zukunft auftragsvergaben im zusammenhang mit dem neubau des akh vorgenommen werden, die im widerspruch zu den geltenden rechtsvorschriften stehen.

die wissenschaftlichen einrichtungen haben sich waehrend des baues auf kosten des reinen spitalbedarfs vergroessert, so dass sich auch die relationen in den betriebskosten aendern werden. ueber die kuenftigen betriebskosten sollen daher neuerlich gespraechе zwischen bund und der stadt wien gefuehrt werden. stadtrat veleta wurde aufgefordert zur sogenannten "sparbuch-affaere" von dr. wilfling beziehungsweise der firma odelga stellung zu nehmen. (ba)

gr. dkfm. b a u e r (fpoe) bezeichnete die vorgangweise bei der vergabe der betriebsorganisationsplanung als Mischung von dilettantismus, grober fahrlaessigkeit und betruegerischer absicht.

./.

bauer befasste sich besonders mit der rolle der gemeindeeigenen firma odelga, die als teil der abo auftraege im rahmen der betriebsorganisation erhielt. die akpe habe auftraege an die odelga vergeben, sagte bauer, ohne sich zu vergewissern, ob diese das noetige fachpersonal zur durchfuehrung dieser auftraege habe. in der folge gruendete die odelga gemeinsam mit der firma johann prutscher die med-consult, die aber ebenfalls nicht in der lage gewesen sei, die auftraege durchzufuehren, weshalb diese wieder an dritte firmen vergeben worden sind. hier koenne man annehmen, dass diese konstellation nur zustande gekommen sei, um jemanden um jeden preis ins geschaeft zu bringen, besonders, wenn man bedenke, dass unter diesen dritten sub-sub-unternehmen wieder die firma prutscher - die also doppelt kassierte - und die briefkastenfirma tech-med zu finden sind. bis heute sei nicht geklaert, sagte bauer, wer hinter der tech-med steht. der oevp warf bauer vor, wegen ihres naheverhaeltnisses zu prutscher unbedingt den vorsitz im parlamentarischen untersuchungsausschuss zum akh angestrebt zu haben. abschliessend sagte bauer, der kriminelle teil der genannten transaktionen von auftraegen werde durch die gerichte zu klaeren sein. im bezug auf den bereich, in dem fahrlaessigkeit und dummheit fuer fehler verantwortlich gewesen seien, seien die konsequenzen unter anderem durch liquidierung der med-consult zu ziehen. (gab) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (28):

dringliche anfrage der fpoe betreffend akh (schluss)

28 wien, 30.5. (rk) gr. dr. maria s c h a u m a y e r (oevp) fuehrte aus, dass das kontrollamt die beguenstigung der abo festgestellt hat. somit ist die verantwortlichkeit von vorstand und aufsichtsrat und damit der eigentuemer beruehrt. es ist laecherlich zu behaupten, dass die oevp den vorsitz im parlamentarischen untersuchungsausschuss wollte, um prutscher zu schuetzen. schaumayer forderte hirnschall auf, fuer eine rasche neuerliche einberufung des kontrollausschusses zu sorgen.

stadtrat v e l e t a (spoe) ging auf den die firma med-consult betreffenden punkt der dringlichen anfrage ein. gesellschaftler der firma sind die odelga und die firma johann prutscher. die gesellschaft wurde gegrueudet, um ein moeglichst umfassendes sortiment anbieten zu koennen. aus diesem grund wurde als ergaenzung zum gesellschaftsvertrag ein syndikatsvertrag abgeschlossen, in dem die aufgabenstellung der med-consult festgehalten wurde. dieser vertrag sieht vor, dass die firma prutscher ihre verkaufsorganisation dazu verhalten soll, bei allen in- und auslaendischen angeboten und auftraegen eine einschaltung der odelga beziehungsweise der med-consult zu ermoeeglichen. andererseits hat sich die odelga bereit erklaert, den im rahmen der arbeitsgemeinschaft fuer betriebsorganisation vergebenen auftrag der akpe fuer die med-consult zu erhalten. zum vorwurf, dass die urspruenglich erwartete zielvorstellung bei der gruendung einer gemeinsamen tochtergesellschaft mit der firma prutscher nicht erreicht wurde, habe die odelga festgestellt, dass eine zeitliche anlaufphase erforderlich war und ueber die taetigkeit der med-consult fuer das akh hinaus derzeit eine reihe von gemeinsamen vorhaben im sinne des syndikatsvertrags in bearbeitung seien. veleta hat die holding beauftragt, der odelga den auftrag zu erteilen, einen vertreter in leitenden funktionen in die med-consult zu entsenden um die erfuellung dieser aufgaben und zielvorstellungen ver-

staerkt voran zu treiben. der 1978 abgeschlossene syndikatsvertrag laeuft mit 31. dezember 1980 aus, um beiden partnern die sammlung praktischer erfahrungen bei der zusammenarbeit zu ermoeeglichen. dann ist der vertrag unter einhaltung gewisser fristen kuendbar.

zur konkreten frage, ob er bereit sei, die notwendigen schritte zur liquidierung dieser gemeindebeteiligung einzuleiten, fuehrte veleta aus, das ergebnis der gemeinsamen arbeit sollte abgewartet werden, da derzeit einige gemeinsame vorhaben in arbeit sind.

natuerlich werden die zustaendigen organe, das sind der aufsichtsrat der odelga, der vorstand der holding, der aufsichtsrat der holding und nicht zuletzt die gemeinderaetliche beteiligungskommission unter bedachtnahme auf die wirtschaftlichen und rechtlichen gegebenheiten die entwicklung der med-consult genau beobachten. eine liquidation zum jetzigen zeitpunkt waere aus wirtschaftlichen gruenden nicht vertretbar. der vorstand der holding werde die begleitende kontrolle gegenueber der med-consult intensiv durchfuehren, schloss veleta. (and)

stadtrat m a y r (spoe) beantwortete die dringliche anfrage der fpoe wie folgt:

zur ersten frage, ob die posten saemtlicher vorstandsmitglieder der akpe oeffentlich ausgeschrieben werden, erklaerte mayr, dass die vertraege der derzeitigen vorstandsdirektoren dr. schwaiger und ing. parzer am 8. september 1980 auslaufen. das kontrollamt hat angeregt, die auslaufenden vorstandsvertraege allenfalls nicht wie ueblich auf fuenf jahre zu verlaengern, sondern einen wesentlich kuerzeren zeitraum zu waehlen. wegen der feststellungen des kontrollamtes und wegen des ausstehenden berichtes des rechnungshofes kann derzeit ueber die frage der ausschreibung der vorstandsposten von dr. schwaiger und ing. parzer noch nichts endgueltiges gesagt werden. in der aktionaersversammlung vom 27. mai 1980 wurde beschlossen, unverzueglich zwei neue vorstandsposten fuer den bereich haustechnik und fuer den bereich organisation auszuschreiben.

./.

zur zweiten frage, ob nach auslaufen des abo-vertrages weitere derartige auftraege unter peinlicher einhaltung der geltenden vergabevorschriften oeffentlich ausgeschrieben werden, verwies mayr auf die aktionaersbesprechung vom 27. mai. dort wurde beschlossen, dass die fortsetzung der betriebsorganisationsplanung bis sommer 1980 geklaert werden muss. eine weitere aktionaersbesprechung wird darueber im juni stattfinden.

zur dritten frage, ob schritte zur liquidierung der med-consult eingeleitet werden, verwies stadtrat mayr auf die zustaendigkeit der geschaeftsgruppe "vermoegensverwaltung, staedtische dienstleistungen, konsumentenschutz" und auf die in der debatte gegebene erklaerung von stadtrat veleta.

nach der beantwortung der dringlichen anfrage wurde die gemeinderatssitzung nach einer elfstuendigen debatte geschlossen.
(sei)

- ende des sitzungsberichtes -

2105

k o m m u n a l :

=====

wurzer spricht im radio

7 wien, 30.5. (rk) in vertretung von buergermeister leopold gratz, der sich beim jugoslawischen staedtetag befindet, berichtet planungsstadtrat univ.prof. dr. rudolf wurzer in der rundfunksendung des wiener buergermeisters am samstag um 13 uhr in oesterreich regional ueber die zukunft des alten allgemeinen krankenhauses, ueber stadterneuerung und andere aktuelle planungsfragen. (sti)

1057